

Nur die Politiker zogen weg

Dass 1999 mehrere tausend Bewohner Bonn in Richtung Berlin verließen, war ungewohnt für die Stadt am Rhein, die sich als eine von wenigen deutschen Kommunen in der jüngeren Vergangenheit regen Zuwachses erfreute. Immerhin, Bundesfinanzminister Steinbrück wohnt noch da. Ebenso Wolfgang Clement, der als früherer nordrhein-westfälischer Staatskanzleichef maßgeblich an der organischen Überführung Bonns von der Bundeshauptstadt zur Bundesstadt beteiligt war. Und Guido Westerwelle, der FDP-Abgeordnete des Wahlkreises Bonn, der bei der vergangenen Bundestagswahl 8,7 Prozent der Erststimmen gewann, kommt auch stets gerne in die Stadt zurück, deren Frohsinn ihm nicht immer der beste PR-Berater war.

Diejenigen Deutschen, die nie in Bonn und Umgebung lebten, wussten die Stadt seit jeher weniger zu schätzen. Der Kölner Heinrich Böll, der in Bonn mehrere seiner Romane spielen ließ, sprach von einem „Pflicht-Hass“ auf die Stadt, den sich vor allem die Intelligenz der Bundesrepublik zum Programm gemacht hatte. „Wir sind nicht von hier“, schrieb Günter Grass abschätzig, als ihn eine seiner Wahlkampfreisen für Willy Brandt notgedrungen auch nach Bonn verschlug.

Ausländer, vor allem die Briten, waren dagegen oft gerührt von der Anmut der einstigen kurkölnischen Haupt- und Residenzstadt, die sich schon im 19. Jahrhundert gegen intensive Industrieansiedlung entschieden hatte und dafür auf Wissenschaft und Kultur setzte. Von der Geburtsstätte Beethovens aus begannen sie ihre romantische Reise rheinaufwärts oder entschieden sich gleich, in Bonn zu bleiben; zuletzt etwa Bruce Dickinson, der Sänger der Heavy-Metal-Gruppe Iron Maiden.

Die Briten waren als Besatzungs-

macht auch mitverantwortlich dafür, dass Bonn zur Bundeshauptstadt wurde. „What about Bonn?“, verlautete 1946 aus dem britischen Außenministerium. Konrad Adenauer, der nahe Bonn lebte, nahm den Vorschlag als CDU-Vorsitzender der britischen Zone gerne auf – und musste sich später gegen Vorwürfe zur Wehr setzen, er habe sich bei seinem Votum mehr von der Liebe zum heimischen Garten als von politischer Vernunft leiten lassen. Die Bonner dankten es ihrem Abgeordneten so oder so, mit Wahlergebnissen, die auch zu Zeiten bayerisch waren, als die Regierung Adenauer heftiger Kritik ausgesetzt war. Die lokale Beliebtheit des katholischen Kanzlers wurde zudem befördert durch die eindeutige konfessionelle Prägung Bonns, das in der Weimarer Republik von der Zentrumspartei dominiert worden war. Im „Dritten Reich“ war Bonn dann so gottlos wie die meisten anderen Städte auch: Hunderte Juden vegetierten in einem Benediktinerinnen-Kloster in Bonn-Endenich, das als Zwischenlager für die Menschentransporte in den Osten diente; Thomas Mann wurde die Ehrendoktorwürde der Bonner Universität aberkannt.

Seit mit der Entscheidung, Bonn zum Hauptstadtprovisorium zu machen, immer mehr Auswärtige kamen, hat sich die Stadt nach und nach verändert. Sie ist vor allem internationaler geworden, so dass heute nur noch etwa 40 Prozent der Bürger katholisch sind. Zudem ist das frühere „Pensionopolis“, wie speziell der heutige Bonner Stadtteil Bad Godesberg genannt wurde, eine junge Stadt geworden, die – auch wegen umfangreicher Eingemeindungen Ende der sechziger Jahre – heute 314 000 Einwohner zählt. Mehr als ein Zehntel davon sind Studenten.

Trotz dieser Veränderungen tat sich die SPD lange schwer, im Bonner Wahl-

kreis, der das gesamte Stadtgebiet umfasst, mehrheitsfähig zu werden. Der frühere Kanzleramtschef Horst Ehmke etwa versuchte 14 Jahre lang vergeblich, ein Direktmandat zu erringen. Skandale innerhalb der kommunalen CDU sowie die erfolgreiche Arbeit der Oberbürger-

meisterin und heutigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD Bärbel Dieckmann dürften schließlich dazu beigetragen haben, dass 2002 erstmals der Sozialdemokrat Ulrich Kelber direkt in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Sowohl Dieckmann als auch Kelber haben den Strukturwandel, der in Bonn offenbar gelungen ist, aktiv begleitet. Die Stadt ist mit großen Unternehmen wie der Deutschen Telekom oder der Deutschen Post zu einem attraktiven Dienstleistungsstandort geworden. Im Regierungsviertel, in dem einige Ministerien verblieben sind und sich internationale Organisationen angesiedelt haben, arbeiten heute 15 000 Leute mehr als 1999.

Trotzdem ist Kelber der Ansicht, dass der Regierungsumzug für Bonn nicht gut war. „Wegen der Menschen, die gehen mussten, wegen der Familien, die auseinandergerissen wurden.“ Vielleicht werden sie eines Tages wiederkommen: Laut Umfragen würden vier von fünf Personen, die schon einmal in Bonn waren, jederzeit dorthin zurückkehren.

TIMO FRASCH
faz.net Sämtliche bisher erschienenen Beiträge zu unserer Serie finden Sie auf den Seiten www.faz.net/wahlkreise